

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Sprenthaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abgabepreis: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk., von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bei. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 1.— Mk., von auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Sprenthaus 6. — Telefon 720.

Nr. 20

Dienstag, den 25. Januar 1921

12. Jahrgang

## Die französischen Wiedergutmachungswünsche.

Die Erklärung der neuen Regierung Briand erregt durch die Bescheidenheit ihrer Stillierung und die Gemandtheit ihrer Wendungen, die jedem etwas zu geben scheinen, die aufrichtige Bewunderung aller, die Sachleute auf diesem Gebiete sind. Die größere Menge haben und drüben interessiert sich aber weniger für elegant frisierte Erklärungen als für die Frage, was Deutschland in den nächsten Jahren an Frankreich zu bezahlen haben wird.

Mit zunehmender Bestimmtheit wird als Jahresbetrag, den man von Deutschland in den nächsten fünf Jahren einfordern wird, die Summe von 3 Milliarden Mark genannt. Mit der Festlegung dieser Fünftjahresraten soll eine Verschlebung des Zeitpunktes verbunden werden, zu dem der deutschen Regierung die Gesamtsumme der deutschen Verpflichtungen mitgeteilt werden wird. Eine solche Hinausschiebung ist nicht möglich, ohne die Zustimmung Deutschlands, da Deutschland das vertragsmäßige Recht hat, die Gesamtsumme seiner Verpflichtungen bis zum 1. Mai dieses Jahres zu erfahren. Deutschland hat also bei diesem Handel immerhin aus eigener Entschlußfreiheit noch etwas zu vergeben, nämlich die Zustimmung dazu, daß die Mitteilung der Gesamtsumme der Verpflichtungen über den 1. Mai hinaus verschoben wird. Man darf aber den diplomatischen Vorteil dieser Situation keineswegs überschätzen.

Deutschland kann sich allerdings auf den Standpunkt stellen: Wenn man mir 3 Milliarden jährlich für die ersten fünf Jahre auferlegen will, so bestehe ich auf meinem Recht, die Gesamtsumme bis zum 1. Mai kennen zu lernen. Für die Alliierten wäre das gewiß eine Verlegenheit. Sie haben es aber ziemlich leicht, diese Verlegenheit zu überwinden, indem sie zunächst irgendeinen ganz willkürlich gewählten phantastisch hohen Betrag als Gesamtsumme angeben und dann Deutschland die Verpflichtung auferlegen, davon zunächst in den nächsten fünf Jahren insgesamt 15 Millionen Goldmark abzugeben.

Die Alliierten hätten es dann immer noch in der Hand, später die Gesamtsumme herabzusetzen. Allerdings wäre das ohne die Zustimmung der an der Wiedergutmachung aktiv beteiligten Mächte, also vornehmlich Frankreichs, nicht möglich. Eine solche Herabsetzung würde natürlich in Frankreich bei den weniger einsichtsvollen Teilen der Bevölkerung, und das ist bis jetzt leider die übergroße Mehrheit, sehr unpopulär sein und nur gegen erhebliche Widerstände durchzuführen sein. Auf der anderen Seite wäre die Zukunft Deutschlands und der ganzen Weltwirtschaft gefährdet, wenn die Entente, in der Absicht, später doch ein paar Schritte zurückzutun, Deutschland irgendeine irrsinnige hohe Summe auferlegte. Die wirtschaftliche Unsicherheit würde dadurch nur noch vermehrt werden.

Daß die Alliierten trotzdem den hier angegebenen Weg beschreiten können, ist aber nicht zu bezweifeln, und darum darf man nicht glauben, daß Deutschland durch die Vertragsklausel, die die Festlegung der Gesamtsumme zum 1. Mai dieses Jahres vorsieht, ein Druckmittel in die Hand bekommen hätte, um die von der Entente geforderten ersten fünf Jahresraten nach Belieben tief herabzurücken. Man wird sich vielmehr darauf gefaßt machen müssen, daß Deutschland in den nächsten Jahren, wenn auch vielleicht nicht ganze 3 Milliarden Goldmark, so doch jedenfalls einen ganz ungeheuer hohen Betrag in Waren und Werten an die Entente abzuführen haben wird.

Briand hat in seiner Rede ein Zukunftsbild entworfen, das auf der einen Seite ein mächtig aufblühendes Deutschland, auf der andern Seite ein ruiniertes Frankreich zeigt. Würde die Wiedergutmachung wirklich nur dazu dienen, zwischen zwei Völkern, von denen das eine mehr Rot leidet als das andere, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen, dann wäre gegen sie vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus nichts einzuwenden. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge doch so, daß die Rot in Deutschland größer ist als in Frankreich, und daß nach den bisherigen Erfahrungen die deutschen Wiedergutmachungsleistungen eine sehr zweischneidige Wirkung ausüben, indem sich zwar manche Kapitalistengruppen an ihnen bereichern, die französische Wirtschaft als Ganzes aber keinen erheblichen Gewinn hat. Während Deutschland an Kohlen Rot leidet, weiß Frankreich mit seinem Kohlenüberschuß nicht mehr wohin, und die Kohlenpreise in der ganzen Welt sinken unaufhaltsam. Welche Zustände entstehen werden, wenn sich die Ströme der deutschen Wiedergutmachungsleistungen erst voll über Frankreich ergießen werden, ist gar nicht abzusehen.

Trotzdem, oder vielmehr gerade deswegen, soll Deutschland den Mut nicht sinken lassen. Eine harte Probe steht vor dem deutschen Volke, aber es darf auf den Weg zu ihr die Ueberzeugung mitnehmen, daß das, was ihm zum Fluche gereicht, der andern Seite nicht zum Segen dienen wird. Und so darf

## Französisch-englische Verständigung über die Wiedergutmachung

### Beginn der interalliierten Ministerkonferenz.

Paris, 23. Jan. Lloyd George, Lord Curzon und die Mitglieder der englischen Delegation sind heute nachmittag hier angekommen. Ministerpräsident Briand begrüßte diese englischen Staatsmänner und hatte mit Lloyd George und Lord Curzon eine lange Unterredung. Zu gleicher Zeit ist mit der englischen Delegation auch der italienische Botschafter de Martino in Paris angekommen. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Graf Sporza wird im Laufe des heutigen Abends einwachen.

Paris, 23. Jan. Wie „Le Temps“ mitteilt, wird morgen vormittag nach Eröffnung der Sitzung der Obersten Rates an einer Stelle die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehre behandelt. Man glaubt, daß das Reparationsproblem erst Dienstag zur Besprechung gelangen würde.

Paris, 24. Jan. Der Londoner Berichterstatter des „Times“ meldet: Die Hoffnung auf eine baldige Einigung in der so wichtigen Entschädigungsfrage sei gestiegen, da man in Frankreich eine Tendenz feststellen glaube, die sich dem englischen Standpunkt nähere, der darauf hinausgehe, eine Entspannung in Europa herbeizuführen, ohne die berechtigten Interessen der alliierten Länder zu opfern. Aus diesem Grunde habe sich auch die englische Regierung wenig geneigt gezeigt, starke Mittel anzuwenden, möge es sich nun um die Entwaffnung Deutschlands oder um die Reparationsfrage handeln. Der zukünftige Frieden könne nach der Ansicht der englischen Regierung besser sichergestellt werden, wenn man zur Ueberredung als zum diplomatischen Druck seine Zuflucht nehme, also nicht zu Zwangsmahnahmen wie zur Befestigung neuer Gebiete schreite. Wenn die Regierung in Berlin erkläre, sie könne die Einwohnerwehr in der vorgeschriebenen Frist nicht auflösen, und wenn dies wahr sei, sei die einzige vernünftige Lösung, ihr eine neue Frist zu bewilligen.

Paris, 24. Jan. Die interalliierte Konferenz nimmt heute vormittag im Uhrensaal des Ministeriums des Auswärtigen ihren Anfang. Die erste Sitzung wird sich mit der Frage der Entwaffnung Deutschlands beschäftigen. Die alliierten militärischen Sachverständigen scheinen nunmehr über eine Lösung einig zu sein, die Deutschland kurze Frist gibt, um seine Verpflichtungen betreffend die Entwaffnung zu erfüllen.

Paris, 23. Jan. Wie „Havas“ mitteilt, fand heute vormittag beim Präsidenten der Republik eine Sitzung statt. In

man durch die Macht der Tatsachen auf den schließlichen Sieg der Vernunft und auf den „Frieden der Herzlichkeit und der Moral“ hoffen, der in Briands Regierungserklärung auf dunklem Gegenwärtshimmel als helles Zukunftsbild erscheint.

## Die Gewerkschaftszerstörer.

Vor einigen Tagen schrieb das kommunistische „Ruhrecht“ in Essen: „Die Spaltung der sozialistischen Parteien, zuerst der alten sozialdemokratischen Partei, dann der unabhängigen Partei, ist das bewusste Werk der Kommunisten gewesen, unternommen im Lebensinteresse der proletarischen Revolution.“ Die Kommunisten, die sich hier also ganz offen rühmen, die politische Arbeiterbewegung vernichtet zu haben, geben sich mit diesem „Erfolg“ nicht zufrieden; sie fühlen sich zu höheren Taten berufen. Ihr nächstes Ziel ist die Spaltung der Gewerkschaften. Ueber diese ihre „Arbeit“ ist hier bereits soviel gesagt, daß es nicht notwendig erscheint, erneut darauf einzugehen. Es genügt zu wissen, daß die Kommunisten bemüht die politische Arbeiterbewegung gespalten haben, daß sie ebenso bemüht die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung betreiben, und daß sie so wiederum bemüht die deutsche Arbeiterbewegung machtlos dem Kapital auszuliefern wollen.

Lange genug hat die deutsche Arbeiterschaft diesem verbrecherischen Treiben der Kommunisten, das besonders nach dem Parteitag von Halle an Umfang zunahm zusehen. Jetzt hat man sich endlich davon überzeugt, daß energische Maßnahmen notwendig sind, um die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften zu retten. Aus allen Städten des Reiches kommen Meldungen darüber, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Mosauer Zerlegungsarbeit auflehnen, daß sie ihre Organisationsführer zum energischen Kampf gegen die „Kellenbauer“ auffordern. Diese Bewegung hat bei den Zentralstellen lebhaften Widerhall gefunden. Bekannt ist die Entschließung des A. D. G. B. und des Beirates des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die

der Konferenz ist über die Haltung des französischen Parlaments in der Reparationsfrage bei den kommenden Beratungen gesprochen worden.

Paris, 24. Jan. Wie der „Intransigeant“ über die gestern stattgehabte Unterredung zwischen Briand und Lloyd George und Lord Curzon erfahren haben will, handelte es sich um eine Unterhaltung, um zu wissen, in welchem Geiste man auf beiden Seiten zur Konferenz gehe. Diese kurze Aussprache habe gezeigt, daß die Konferenz sehr gute Ergebnisse zeitigen werde. Der Korrespondent hat von einer unerwarteten Persönlichkeit erfahren, daß man glaube, in der Entwaffnungsfrage ohne die geringsten Schwierigkeiten ein Einverständnis zu erzielen. In der Reparationsfrage habe Lloyd George zu Briand erklärt, daß er nicht mit dem Entschluß komme, seinen Standpunkt über einen Pauschalbetrag durchzubrüden. Nach dem „Matin“ soll Lord Curzon erklärt haben, daß die französische Regierung mit dieser Konferenz zufrieden sein könne. Das Blatt glaubt sogar, daß schon heute mittag zwei Fragen geregelt werden können, nämlich, welche Fristen man für die Auflösung der Einwohnerwehr bewilligen werde, und wie lange man noch die interalliierte Kontrollkommission in Deutschland unterhalten solle.

## Oberschlesien und die preußischen Landtagswahlen.

Berlin, 24. Jan. In Oberschlesien ist immer noch das Gerücht verbreitet, daß die preußischen Landtagswahlen mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien verschoben werden sollen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die preußische Regierung gar nicht daran denke, die Landtagswahlen zu verschieben. Andererseits schlachten die Polen das Gerücht aus, das von Berlin aus auf eine Verzögerung der Abstimmung hingearbeitet werde. Auch daran ist kein wahres Wort.

## Die Eisenbahner im Saargebiet verlangen die Marktlöhnung.

Saarbrücken, 23. Jan. Bei der Abstimmung der Eisenbahner im Saargebiet über die Einführung der Frankennährung bei der Lohnzahlung wurden 435 Stimmen für die Franken und 11467 dagegen abgegeben. (Die Arbeiterschaft ist es also, die sich der Franzöisierung des Saargebiets am nachdrücklichsten widersetzt. D. Red.)

beide den Kommunisten, soweit sie zur Zerstörung der Gewerkschaften beitragen, mit dem Ausschluß drohen. Der Deutsche Bauarbeiterverband ist bereits zur Tat geschritten. Er hat seine Mitglieder Brandier, Hecker und Bachmann, den Vorstehenden des Chemnitzer Ortsvereins, aus den Mitgliederräten gestrichen. Der Brief, in dem der Verband der Chemnitzer Ortsverwaltung den Ausschluß ihres Vorstehenden mitteilt, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und droht, alle jene auszuschließen, die sich wie die oben genannten Kommunisten an der Bildung einer Reichsfraktion innerhalb des Verbandes beteiligen. Auch der Chemnitzer Ortsverwaltung wird der Ausschluß angedroht, falls sie sich, wie bisher, mit Bachmann solidarisch erklären sollte. In dem Schreiben heißt es, daß der ausgeschlossene Bachmann keinen Anspruch auf Kündigung und daher auch nicht auf weitere Gehaltszahlungen hat, denn „er hat die Geschäfte des Verbandes nicht nach den Vereinsgrundsätzen geführt, sondern gräßlich gegen Treu und Glauben verstoßen“.

Den Kommunisten kommt diese Offensiv der Gewerkschaften und der Hierb, der ihnen vom Deutschen Bauarbeiterverband verfehrt wurde, natürlich sehr unlegen. In einem die ganze Seite der „Roten Fahne“ einnehmenden Aufrufe wendet sich die Zentrale der D. R. F. D. gegen die „Gewerkschaftsbureauführer“, die die deutschen Gewerkschaften „zum stärksten Eckpfeiler der Kriegspolizei der imperialistischen Bourgeoisie“ gemacht hat und nunmehr die Gewerkschaften spalten will, um wenigstens die Trümmer der mächtigsten Arbeiterorganisationen noch dem Unternehmertum weiter zur Verfügung zu halten.“ Dieser Aufruf, der offenbar von Brandier geschrieben wurde, — denn in einem Aufruf, den er im Verein mit seinen aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossenen Kollegen an die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes richtete, finden wir dieselben Gedanken und dieselben Worte, — hat die Tendenz, die Gewerkschaftsbureauführer auf die Bemühungen der D. R. F. D. zwecks Einigung des Proletariats mit deren Ausschluß aus den Verbänden und treiben diese somit der Spaltung entgegen. Diese gemeine Lüge — der ganze Auf-

ist eine einzige große Sache — wird durch das eingangs erwähnte Zitat des kommunistischen „Ruhr-Echo“ glänzend widerlegt. Hoffentlich wird der Redakteur nicht aus der W. A. D. ausgeschlossen, weil er nicht weiß, daß es noch Beschäftigte ist, sogar Hoff, Schaufel, illegale Methoden, Verschwendung der Rohstoffe anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzubringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“ Er könnte in dieser Beziehung von der Berliner Zentrale sehr viel lernen, die nichts weiter tut, als Wägen, Verteilungen und Einstellungen in die Welt zu versetzen.

Aber so sehr man sich auch abmühen wird, es wird nichts nützen. Die nichtkommunistische Arbeiterchaft hat die große Gefahr erkannt, die den Gewerkschaften von Moskau droht. Sie hat allmählich ihr Selbstvertrauen wiedergefunden und rüstet sich zum Kampfe. Sie wird unter allen Umständen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und ohne Rücksicht auf die Opfer, den Kampf aufnehmen und ihn zum Siege führen. Es weiß, daß in demselben Augenblick, indem die deutsche Gewerkschaftsbewegung gespalten ist, sie dem Unternehmertum ohnmächtig gegenüber steht und ihre Freiheit, die sie am 9. November erkämpfte, für lange Zeit verlieren wird.

Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Wenn die kommunistische Partei ihren Anhängern zuruft: „Drauf und dran gegen die Verräter! Entrennen untere Rima! Hinin in die Gewerkschaften!“, dann nehmen wir diesen letzten Kompromiß, der bei uns aber keine Phrasen ist, auf und ziehen Regierert in den Kampf gegen die von Moskau inspirierten Arbeiterverräter, mit dem Willen zum endgültigen Siege, von dem abhängt die Zukunft der Gewerkschaften, die Freiheit der Arbeiterchaft und der Sieg des Sozialismus!

Sozialismus erhält die Kampftage der Gewerkschaften gegen die kommunistischen Gewerkschaftsgegner noch eine weitere Rechtfertigung durch einen regelrechten Schlachtplan der Reichsgewerkschaftszentrale der W. A. D., der von der unabhängigsozialistischen Lager „Vollstimm“ veröffentlicht wird. In einem Rundschreiben „An alle Bezirkssekretäre, Untersekretäre, Ortsgruppenleiter der Bezirke Niederrhein und Westfalen“ wird angekündigt, daß die Reichsgewerkschaftszentrale in den ersten Tagen des Januar eine großartige Agitation und Ausflugsarbeit für die kommunistische Tätigkeit in den Gewerkschaften im ganzen Bezirk durchzuführen werde. Zu diesem Zweck werde man eine Anzahl Mitglieder der Reichsgewerkschaftszentrale in die Bezirke kommandieren. Die kommunistischen Funktionäre und Hauptlinge der organisierten Sprengstofftruppen werden darum in ausführlicher Darlegung angewiesen, überall Versammlungen zu veranstalten, die, wo genügend kommunistischer Einfluß vorhanden ist, von den örtlichen Gewerkschaftskartellen einberufen werden sollen. Wo das nicht geht, soll die Einberufung möglichst durch eine Gewerkschaft erfolgen und nur im äußersten Notfall soll die Partei die Einberufung und Leitung übernehmen.

Am Tage vor der Versammlung sind die Mitglieder der W. A. D. zu einer Fraktionsbesprechung und Besetzung der Taktik beim Einbringen von Resolutionen und Entwürfen zusammenzubringen. Am Versammlungstage selbst sollen möglichst zwei Stunden vor Beginn der Versammlung mehrere Objekte der direkten Gewerkschaftskartellen einberufen werden, die der Union“ und andere ausführlich bezeichnete kommunistische Vertrauensleute“ zu einer Sitzung zusammenrufen. Entwürfe und Resolutionen sollen niemals mit „kommunistische Fraktion“ oder so ähnlich bezeichnet werden, denn das könnte den Vorwürfen der Versammlung ein Zutritt sein, die Entwürfe nicht zur Abstimmung kommen zu lassen.

Das Rundschreiben der Reichsgewerkschaftszentrale gibt ferner ihren aufeinander sehr begründeten Kampftagen im Reichsgebiet genaue Anweisungen über die Art des Briefwechsels, den sie mit der lokalen Gewerkschaftszentrale etwa zu führen haben. Und zum Schluß heißt es ganz im Tone der freikörperlichen Kämpfer:

„Die Unterbezirks-Sekretariate melden am Abend des 31. Dezember an die Reichsgewerkschaftszentrale, Beitrag für Bergbau, Eisen, Hobbelenstraße 7, ob alle Vorbereitungen erledigt.“

Man sieht, daß die Kommunisten bei ihrem arbeiterschädlichen Treiben mit sehr genau, wenn auch reichlich ungeklärt ausgearbeiteten Direktiven vorgehen. Glücklicherweise sind überall Anzeichen dafür vorhanden, daß die gewerkschaftlich gehaltene Arbeiterchaft dies Treiben in ihrer

Überwiegenden Mehrheit ablehnt. Diese Stimmung kam am verlassenen Mittwoch in Berlin in einer Versammlung der Gewerkschaftsvertreter und Betriebsobmänner zum Ausdruck, die über einen eventuellen Generalkrieg aus Anlaß der Betriebsbesetzung bei der Firma Ludwig Loewe beraten sollte. Dort bezeugte Sebatz von der Gewerkschaftskommission die Kommunisten als selbe Wackelweiser, die gar nicht daran denken, das auszuführen, was sie mit dem Munde fordern. Ein Generalkrieg aus Anlaß des Falles Loewe würde ein Streik der Generäle sein aber nicht ein Streik der Massen. Der ehemalige Volkseinkaufsträger Emil Barth meinte sogar unter Hinweis auf den voraussichtlich blutigen Verlauf einer kommunistischen Aktion: „Diejenigen, durch deren Verantwortungslosigkeit ein solches Unglück herbeigeführt würde, wollen wohl an dem allgemeinen Elend ihre Parteiluppe locken und in Ermangelung andern Heilmaterials die Blut mit Proletariatsblut schüren.“

Die Resolution der Gewerkschaftskommission wurde dann schließlich mit 355 gegen 327 Stimmen angenommen. Sie verlangt zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitlosen- und Ruhezustandern eine einheitliche Agitation für eine 70-prozentige Entschädigung für die gestrichenen Stunden, Schwelgerei der Kinder der Unbemittelten und große Sozialisierungsaktionen. Dabei wird ausdrücklich die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Disziplin verlangt. Auf Grund dieser vernünftigen Stellungnahme hat denn auch der Schlichtungsausschuß Reich Berlin in seinem Schlichtungsbericht ausgesprochen:

„Die Firma (Ludwig Loewe) stellt den Betrieb so bald wie möglich, höchstens innerhalb einer Woche, mit der früheren Leistung wieder her.“

Deutlicher kann wohl nicht gezeigt werden, daß einzig und allein die alterprobierte gewerkschaftliche Taktik politische Erfolge zu erzielen imstande ist.

## Sozialismus und Sozialisierung.

Die Vermutung, die durch die Spaltung in den Reihen der Arbeiterbewegung entstanden ist, hat nicht allein eine Verminderung der physischen Kräfte und der unmittelbaren Schöpferkraft mit sich geführt, wir danken ihr auch eine Begriffsverwirrung, wie wir sie noch wenige Jahre vor der Revolution für unmöglich gehalten hätten. Fast unrichtige ökonomische Grundbegriffe, die durch jahrzehntelange gewerkschaftliche und politische Schulung zum Gemeingut der Arbeiterklasse geworden waren, sind ins Schwanken geraten, und der „Wiederaufbau“ hat ebenso auf geistig ökonomischem wie auf materiell organisatorischem Gebiete zu erfolgen.

Epiete in der vorrevolutionären Diskussion das Wort „Sozialismus“ eine gewaltige Rolle, gab es kaum eine Resolution, die nicht mit dem Hinweis auf dieses allen gemeinsame Endziel schloß. So ist der Begriff Sozialismus durch einen neueren Begriff, die Sozialisierung in den letzten Jahren ersetzt oder doch mindestens ergänzt worden. In einem Artikel „Vorschau auf den Zukunftsaufbau“ beschäftigte sich der Genosse Wilhelm Janssen kürzlich mit Problemen des Sozialismus und der Sozialisierung. Der Artikel schloß mit der klaren Anleihe: „Es bleibt, wie es war: die Kapitalismus — die Sozialismus! Entweder Kapitalismus oder Sozialismus. Ein Zwischending gibt es nicht. Der Sozialismus wird kommen. Aber bevor er kommt, müssen die Vorbedingungen erfüllt sein. Sie erfüllt aber nur der Kapitalismus. Das Warten des Kapitalismus ist heute schon einzuengen mit gesetzgeberischen Maßnahmen. Aber ein Zwischending zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es nicht.“ Diese Gegenüberstellung der beiden Begriffskomplexe Kapitalismus und Sozialismus hat etwas außerordentlich Bestechendes an sich: wenn man jedoch näher zusieht, so wird man feststellen, daß der Begriff zwar logisch richtig formuliert ist, daß er aber der ökonomischen Geschichtsbetrachtung gemäß verfehlt ist. Daß es ein Zwischending zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht gibt, mag dem Verfasser zugestanden werden. Aber er vergißt das eine große Moment, das durch die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, durch Marx und Engels, in die Debatte geworfen und nach allen Regeln der Wissenschaft vertieft worden ist, das Moment der Entwicklung. Die These: Kapitalismus — Sozialismus führt zu einer Auflösung, als ob beide Staats- bzw. Gesellschaftsformen verbunden als solches nebeneinander ständen; als ob die zweite voraussetzungslos und ungenetisch der ersten entspringen müsse, wie Athene aus dem Haupte des Zeus. Eine solche Betrachtung der

Dinge gibt zwar einen hübschen Mythos, wird aber der Wirklichkeit und den sie beherrschenden Gesetzen nicht im mindesten gerecht. Das „Zwischending“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist allerdings keine verschwommene Staatsform, die aus beiden Geblüden ein Kompromiß darstellt. Vielmehr ist es der Übergang, der einmalig und einzigartig aus der einen Staatsform heraus die andere bedingt.

Von dieser Betrachtung aus genügt es nicht, die Frage: Sozialismus oder Kapitalismus zu stellen, sondern man muß allerdings das Wort Sozialisierung in die ökonomische Betrachtung mit hineinziehen, mag man an ihm auch rein sprachlich wenig Geschmack finden. Hierzu muß auf die Grundbedeutung der Begriffe Sozialismus und Sozialisierung zurückgegangen werden. Unter Sozialismus versteht man die künftige Gesellschaft ihrer Form und ihrem Inhalt nach. Das ist die eine Seite des Begriffes. Ferner versteht man darunter diejenige Wirtschaftsform, die gemeinwirtschaftlich produziert, und bei der zum Zweck dieser gemeinwirtschaftlichen Produktion die Gesamtheit im Besitz sämtlicher Produktionsmittel ist. Der Begriff enthält also eine doppelte Bedeutung: Einmal eine gesellschaftliche, die ihn zu einer Weltanschauung erhebt, das andere mal eine ökonomische, die ihm das Gepräge einer bestimmten Wirtschaftsauffassung verleiht. Was ist nun Sozialisierung? Sie ist der Weg, auf dem die Verwirklichung des Sozialismus geschehen kann. Sie ist gewissermaßen der ökonomische Angriff, den die kapitalistisch gehaltene Arbeiterchaft auf unblutigem Wege gegen die einzelnen Zweige der kapitalistisch orientierten Wirtschaft unternimmt. Sozialisierung ist also weniger als Sozialismus. Sie ist sein Teil, ist seine Voraussetzung; kann aber nicht mit ihm identifiziert werden.

Die rein ökonomische Ermöglichung spricht zwar nicht dafür, das Wort Sozialisierung nunmehr auf alle die Wirtschaftszweige in Anwendung zu bringen, für die es im Grunde genommen, gar nicht paßt. Es ist in den letzten Jahren — insbesondere von kommunistischer, durch keine ökonomische Einsicht getriebener Seite — so oft eine Sozialisierung der zur Sozialisierung absolut ungeeignetsten Wirtschaftszweige gefordert worden, daß das Wort bei großen Kreisen der Arbeiterchaft in einem nicht unberechtigten Mißkredit gekommen ist. Dennoch kann es nicht entbehrt werden, ist doch ohne eine, der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Sozialisierung die Herbeiführung des Sozialismus und der sozialistischen Gesellschaft ebenso wenig möglich, wie diese ohne die vorausgegangene kapitalistische Staatsform mit kapitalistischer Produktionsweise nicht zu denken wäre.

Dr. W. P.—r.

## Englische Handelskammern in Deutschland.

P. P. N. Köln, 21. Jan. Die „Times“ meldet, daß die englische Regierung Handelskammern in Köln, Koblenz, Leipzig, Mannheim, München und Oberschlesien einrichtet und mit Geld unterstützen will.

(Ein neues Beispiel für den Siegeszug des englischen Imperialismus, der die deutsche Wirtschaft immer mehr unter seine Abhängigkeit zu zwingen sucht. D. Red.)

## Die Verfassungskämpfe in Polen.

D. E. Für die am 20. d. Mts. begonnene neue Tagung des Sejm projiziert die Regierung Wilos, sofern die vorläufig überwundene Kabinettkrise nicht wiederkehrt, folgendes Arbeitsprogramm: Annahme der Verfassung; Friedensschluß mit Sowjetrußland; neue Wahlordnung angelehnt der polnischen Gebietserwerbungen im Osten; Agrarreformgesetz; Budgetberatung; Finanzreform. Diesem umfangreichen Programm widersehen sich allerdings gewisse Sejmgruppen, die alsbald nach der Annahme der Verfassung das Mandat der Konstituante für abgefallen erklären wollen. An der Sitzung der Verfassungskommission vom 21. d. Mts. ist der Entwurf zur Bildung eines Senats mit 10 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Dies Stimmenverhältnis zeigt, wie ungewiß noch die bevorstehende Entscheidung dieser Frage in der für den 27. Januar angelegten Plenarsitzung ist. Bereits vor Weihnachten veranstalteten die Sozialisten gegen die beabsichtigte Bildung eines Senats eine Obstruktion im Sejm und Straßenkundgebungen. Auch die gegenwärtigen Regierungsparteien sind in ihrer Ansicht über diese Frage völlig gespalten; dagegen besteht Übereinstimmung darüber, daß die Verfassung, schon mit Rücksicht auf die Bedürfnisse, nun endlich nach dem zweijährigen Bestehen der Konstituante beschlossen werden muß.

## Berufsberatung und Arbeitervertreter.

Von Dipl.-Ing. Sutor, Düsseldorf.

Die für den gewerblichen Nachwuchs so wichtige Frage einer richtigen Berufswahl hat durch die von den Berufs- und Arbeitervertretern großzügig organisierte und planmäßig einsetzende Berufsberatung und Arbeitsvermittlung eine bedeutende Förderung erfahren. Auch die psychotechnischen Forschungen auf dem Gebiete der Berufsberatung und der Berufseignung und deren praktische Auswertung, namentlich in der Großindustrie, haben wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Mit Genehmigung ist festzustellen, daß von den einschlägigen Gewerkschaftsführern die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues dieser produktionsfördernden Momente für den Ausbau unseres Wirtschaftslebens rechtzeitig erkannt wurde. Es ist deshalb eine erfreuliche Erscheinung, daß besonders die Berufs- und Arbeitervertreter die deutschen Gewerkschaftsorganisationen zur Mitarbeit in Verwaltungs- und Fachauschüssen herangezogen haben. Die Erkenntnis mag dabei mitspielen haben, daß die Einführung moderner Arbeitsmethoden und die Ausgestaltung hochentwickelter Produktionsstätten“ sich nur auf der Basis einer inneren Verständigung mit dem Arbeiter, mit dem Arbeitervertreter vollziehen kann. (Vergl. Z. B. W. A. D. Wirtschaftspädagogie und Gewerkschaftsfragen“, W. A. D. Min. 15. 9. 20.)

Dennach durch diese nur mittelbare Mitarbeit für die Arbeitervertreter schon viel gewonnen ist, so ist damit denn die Frage einer unmittelbaren, praktischen Mitarbeit, d. h. persönlichen Beziehungen der Arbeitervertreter bei der Be-

rufsberatung sowohl, als auch namentlich bei den Berufseignungsprüfungen selbst noch unberücksichtigt geblieben.

Selbst wenn den Berufsämtern berufskundlich, pädagogisch und psychotechnisch gut durchgebildete Berufsberater in genügender Zahl zur Verfügung ständen, so ist es doch kaum möglich, eine Kleinorganisation soweit durchzuführen, daß sie auf jede Berufsgruppe ausgedehnt wird und auf die besonderen Bedürfnisse bzw. die Eigenart der verschiedenen und verschiedenartigen Einzelbetriebe selbst eingestuft werden kann. Das kann auch nicht durch die eingeführten Massenvorträge vor Eltern und Schülern im Dienste der Berufswahl und der Berufsberatung erreicht werden, die der Unerschöpflichkeit und Unkenntnis der nachzukommenden Bestenfalls dadurch können, daß sie einen allgemeinen Einblick gewähren in die Fragen der Ausbildung, der körperlichen und geistigen Berufsanforderungen, des Bedarfs an Fachstellen, der beruflichen und wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten. Damit, und auch durch die ständige Beratung der Stelleninhaber in Verbindung mit der Arbeitsvermittlung, werden sicherlich gute Erfolge erzielt, der größte Prozentsatz des Nachwuchses aber, der ohne die Inanspruchnahme des Berufsamtens in das werktätige Leben tritt, wird doch einer eigentlichen Berufsberatung entbehren. Da es notwendig ist, daß eine praktische Berufsberatung und Berufseignungsprüfung einsetzt, die bis in die Betriebe selbst reicht, an der die Arbeitervertreter jeder Berufsgruppe selbst tätig mitwirken und ihre sachlichen Erfahrungen unmittelbar bei den Berufseignungen zur Verfügung stellen können — und auch erwerblich — bei der Eignungsprüfung auszuwerten können. Und das ist in erster Linie in den Betrieben, wo der Nachwuchs heran-

worben, die eine sorgfältige Auswahl und Prüfung ihrer Angestellten und Arbeiter nach den nach keineswegs vollkommenen psychotechnischen Methoden durch die Werkleitung bzw. besonders zu diesem Zwecke berufene Beamte bewerkstelligen lassen. Die Gefahr, daß dabei einseitige Interessen vertreten werden, liegt dabei sehr nahe. Es ist deshalb zweckmäßig, Prüfungskommissionen der Einzelbetriebe und Berufsgruppen der Betriebsabteilungen zu bilden, die sich aus Vertretern der Werkleitung und der Arbeiterchaft zusammensetzen und die Bedingungen und Erfordernisse für eine Einstellung einer Arbeitskraft in den Betrieb von objektiven, sachlich-betriebswirtschaftlich orientierten Gesichtspunkten zu prüfen haben. Durch eine solche positive Mitarbeit, die man den Arbeitervertretern hinsichtlich der erforderlichen, gleichmäßigen Auswertung aller Betriebs- erfahrungen einräumen muß, eröffnet sich für die Vertreter der Organisationen, für Betriebsleute mit guten Kenntnissen und Fähigkeiten, für die Betriebsräte ein reiches und dankbares Betätigungsfeld. Diese Mitarbeit wird auch dazu beitragen, das berechnete Mißtrauen des die Angestellten- und Arbeiterchaft bisher von den Werkleitungen angewendeten Methoden bei Einstellung von Arbeitskräften entgegen zu bringen, zweifellos zu beheben. Daß diese Mitarbeit bei der qualitativen Auslese der Arbeitskräfte hohe Fähigkeiten und ein ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeitervertreter voraussetzt, liegt auf der Hand, ebenso wie die Mitarbeit eine erhöhte Mitverantwortung für eine ge- heinerte Berufsberatung in sich birgt, die ihrerseits durch die einseitige Mitarbeit der gesamten Volkswirtschaft zugun-

## Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung der „Danziger Volksstimme“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für Februar bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Berlag der „Danziger Volksstimme.“

## Danziger Nachrichten.

### Die Verhelfungen der neuen Wirtschaftspartei.

Von einem Kenner der Danziger Verhältnisse seien der neubegründeten „Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft“ nachfolgende Betrachtungen gewidmet.

Die Freie Wirtschaftliche Vereinigung und die Demokratische Partei haben ihre politischen „Grundzüge“ in einen Topf gemischt und sich zu einer „Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft“ zusammengeschlossen. Vor einigen Wochen schon hätte man über diesen bevorstehenden Zusammenschluss berichten können, als eine wohlbeladene Persönlichkeit in rötlicher Weinblutstimmung von einer Kriegervereinstelligkeit heimkehrend, in der Viehtränke ganz freudetrübend das „große Ereignis“ andeutete und gleichzeitig hinzusetzte, daß dann aber auch wirklich die so verhasste Sozialdemokratie endgültig totgeschlagen würde. Die „Danziger Neueste Nachrichten“ nennen den Zusammenschluß einen bedeutungsvollen Akt in der Geschichte des Freistaates, es soll das Signum der Zukunft und das große „Heil zum neuen Wege“ sein. Armselige Gläubige sind all diejenigen, die auf diese bombastische Ankündigung hineinfallen.

Die Demokratische Partei pfiff schon längst aus dem letzten Noche. Diese Partei in ihrer grundsätzlichen Inkonsequenz einer praktischen Gleichberechtigung und wirtschaftlichen Ausbeutung hat wohl niemand mehr ernst genommen. Immer tiefer fiel sie in den Strudel der Verzweiflung, und sicher hätte die nächste Wahl ihr den Gnadenstoß verlehrt.

Ähnlich ist es auch der „F. W. V.“ ergangen. Galt marktschreierisch trat sie auf den Plan. Genau dieselben Forderungen wurden geblasen, wie seinerzeit bei Begründung der Vaterlandspartei. Mit einem großzügig angelegten Programm sollten alle Schichten der Bevölkerung für die „F. W. V.“ eingefangen werden. Wie hatte man sich schon auf den „großen“ Erfolg gefreut, rechnete man doch besonders auf die weibliche Wählerschaft. Die Wahlen fielen trotz der großen Melodie jämmerlich aus, so daß mit knapper Not nur ein kleines „Fraktionchen“ zusammenkam. Es mußte deshalb ein Verdrehungsanschuß gesucht werden, um so mehr, da im bürgerlichen Lager schon längst eine politische Neuorientierung für Danzig vorgesehen war.

Das Programm der „Deutschen Partei“ fordert erstens eine starke Regierung, die für Ruhe und Ordnung sorgt. Des Pudels Kern dabei ist, daß der Reaktion Tür und Tor geöffnet werden sollen, um jede freiwirtschaftliche Bewegung gleich im Keime zu erlöchen. Einzelne ihrer Anhänger haben ja schon längst ihr Herz

offenbart, wie auch das „F. W. V.“-Blatt während des Kapp-Putsch. Diese sogenannten „Vollstreckler“ leben in einer starken Regierung bekanntlich vor allen Dingen den Schutz ihrer profitkapitalistischen Macht. Dann soll auch das Wirtschaftsleben neu aufgebaut werden! Es ist hierbei nur die Frage aufzuwerfen, weshalb man nicht schon längst damit angefangen und das Uebel an der Wurzel angepackt hat. In Wirklichkeit bildet die „fortschrittliche“ Wirtschaftspartei den Sammelplatz der Elemente, die einem fortschrittlichen Neuaufbau des Wirtschaftslebens entgegenstehen. Keinhilf so ist es mit der von dieser Partei verkündeten Erhaltung des Deutschtums in Danzig! Diesem sind es die gleichen Leute oder sie stehen diesen wenigstens sehr nahe, die ihren Grund und Boden spekulationshalber dem fremden Kapital überantworten. Wo dabei die selbstgegründete deutsche Besinnung zu suchen ist, wissen vielleicht die „Neuesten Nachrichten“ am besten, die ja erst vor wenigen Wochen die Wahrung und Vertretung des deutschen Gedankens als überflüssige Sentimentalität hinstellten und sich nun wieder zur Abwechslung in der Betonung des deutschen Gedankens gefallen. Von diesen Leuten wirkt die Betonung des deutschen Gedankens nur als geschäftstreibende Kommode. Zu guter Letzt will man noch ein warmes Herz für die Not der wirtschaftlich Schwachen haben und soziale Besinnung soll dies Streben begleiten. Was ist seitens dieser Kreise für die Not der Schwachen bis jetzt geschehen? Wo haben die Arbeitgeber Danzigs jemals zu erkennen gegeben, den Reichen der Zeit in sozialem Verständnis Rechnung zu tragen? Krankheit und Elend schreien zum Himmel. Jammervoll steht es in laufenden Familien aus. Die erbärmlichsten Wohnungsverhältnisse vermehren täglich die Sterblichkeit. Fast an jeder Straßenecke strecken in Lumpen gehüllte Kinder mit eingefallenen Wangen wehmütvoll die Hände aus, um mitleidige Gaben zu erlangen. Das sind die elenden Folgen einer verhassten Kriegspolitik, die von den Reuten getrieben wurde, die der Verlängerung des Krieges mit enttäuschenden Bildern das Wort zu reden und heute nun ein warmes Herz herauszuspielen suchen. Gegenüber diesem Wortgeklänge der neuen Partei heißt es: Mehr denn je ist die Sozialdemokratie berufen, für die ernsthaft nach geistigem und wirtschaftlichem Fortschritt strebende Bevölkerung Danzigs zu kämpfen und den grundlegenden Neuaufbau unserer Gesellschaft durchzuführen. Darum heißt es, die Reihen der Sozialdemokratie zu stärken, um im steigenden Maße Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen. Sowares.

### Wirtschaftsbund Danziger Hausfrauen.

In einer Arbeitsschulung am Montag berichtete Frau Walecka Lange über die Schwierigkeiten der Milchversorgung. Die Milchpreise, die wir für Auslandsmilch dem Erzeuger zahlen, übersteigen weit die hiesigen Kleinverkaufspreise. Die Stadt hat bisher hohe Zuschüsse gezahlt. Auf diese Weise kann jedoch die Milch nicht weiter verbilligt werden. Die Hausfrauen stehen auf dem Standpunkt, daß unbedingt mehr Milch in die Stadt geschafft werden muß; denn der Gesundheitszustand der heranwachsenden Jugend ist sehr schlecht. Weichsicht, Dungenleiden mehren sich. — Die Wohnungsnot wird immer mehr. Immer mehr Wohnungsuchende finden kein Obdach. Gebaut werden kann bei den heutigen Preisen nicht. Notwendige Erneuerungsarbeiten müssen unterbleiben, weil der Hauswirt sie nicht bezahlen kann. Es muß der Wohnungsmarkt ein Ende gemacht, ein Weg gefunden werden, der dem Hauswirt wie auch dem Mieter gerecht wird. Um den Hausfrauen Gelegenheit zu geben, sich genau über die Wohnungsfrage zu unterrichten, findet am Dienstag, d. 1. Februar, 5½ Uhr abds. in der Aula der Schule St. Johann ein Vortrag von Dr. Moldenhauer statt: „Wie schaffen wir Wohnungen?“

Ueber die Erhaltung unserer Wälder wird Oberförster Nicolai in einem vom deutschen Heimatbund veranstalteten Sichtungsvortrag sprechen. Die Veranstaltung wird am Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule zu St. Peter und Paul stattfinden. Der Danziger Kapellchor unter der Leitung von Herrn Koenenamp hat zugesagt, diese Veranstaltung durch einige Waldlieder zu verschönen.

### Eigenartige „Sedentaten“ der Ohraer Unabhängigen.

In den letzten Tagen seiner unabhängigen Herrschaft brachte das „Freie Volk“ unter der Ueberschrift „Die Arbeiter-Vertreter der S. P. D. von Ohra mit ihrem Genossen Ramminger“ eine blöde Anrempelung unserer Ohraer Parteigenossen, zu der man notwendigerweise erklärend etwas über die Vernunft und Verantwortlichkeit der Menschen sagen muß, um sich über den Artikelschreiber klar zu werden. In bezug auf seinen Körperbau und teilweise seinen Lebensbedingungen, hat der Mensch beinahe eine große Ähnlichkeit mit gewissen Tieren, in geistiger Beziehung bestehen jedoch wesentliche Unterschiede zwischen Mensch und Tier, wenigstens sollten sie bestehen. Der Mensch hat im allgemeinen Verstand, Vernunft und Ueberlegung, er weiß, was er zu tun und zu lassen hat; er soll sich der Tragweite seiner Handlungen bewußt sein und auch Verantwortungsfühl für sein Tun und Lassen besitzen. Allerdings trifft dies nur auf einen Menschen zu, der sich im Vollbesitze seiner Geisteskräfte befindet, der bei vollem Bewußtsein und im Zustande der Zurechnungsfähigkeit ist. Ein Tier handelt rein triebhaft und folgt seinem Instinkt, weshalb es unsinnig wäre, ein Tier für seine Tat verantwortlich zu machen. Bei einem Menschen muß man es dagegen für eine Selbstverständlichkeit halten, daß er für die Folgen seiner Handlungsauffassung aufkommt, daß er für das, was er tut, oder nicht tut, haftbar gemacht wird, falls seine Verantwortlichkeit nicht durch innere oder äußere Umstände ausgeschlossen ist. Es ist ein Jammer, wenn man beobachten muß, wie unverantwortlich und gewissenlos manche Menschen handeln, und welches Unheil sie anrichten, weil sie so vorgehen, als ob sie ganz allein in der Welt wären und sich dem Zufall darum zu scheren hätten, was aus ihrem Tun und Lassen entsteht. Erst ein stark ausgeprägtes Verantwortlichkeitsbewußtsein, das die Solidarität aus einer Gefühlsache zu einer Tatsache werden läßt, schafft die Vorbedingungen eines sozialistischen Gemeinschaftslebens. Der Sozialismus erstrebt das Wohl der Allgemeinheit, das unter allen Umständen höher stehen muß, als das Interesse des einzelnen oder der einzelnen Gruppe; deshalb muß nicht nur der private Egoismus, sondern auch der Gruppenegoismus bekämpft werden, wo er sich auch zeigt.

Erst wenn man diese Ausführungen berücksichtigt, wird man das Geschreibsel des unabhängigen Neunmalweisen richtig einschätzen können, wenn er ausführt: „In der Gemeinde Ohra haben die Rechtssozialisten mit den Deutschnationalen und dem Zentrum einen Block geschlossen, um einem ihrer Genossen auf den Thron zu verhelfen.“ Seit Juni v. Js. ist bekanntlich der Bürgermeister Lind beurlaubt. Er wurde erst durch den Schöffen Kewold vertreten, der sein Amt niederlegte, weil er in seiner Tätigkeit nicht dem Unabhängigen Leschtowski zum Gefallen arbeitete und von diesem in geradezu standalder Weise in öffentlichen Sitzungen behandelt wurde. Von Ohra wollte niemand die Stellvertretung übernehmen und darum wurde der Gemeindevorsteher Kiewold-Scharfenort durch den Landrat kommissarisch als Gemeindevorsteher eingesetzt. Niemand, ja selbst nicht einmal Herr Kiewold, glaubte daran, daß er als Nachfolger für Lind in Betracht komme. Als die Stelle ausgeschrieben wurde, meldeten sich 85 Bewerber, darunter auch Kiewold. Dieser erklärte jedoch, daß er nicht die Absicht gehabt habe, sich um die Stelle zu bewerben, sondern dazu veranlaßt worden wäre. Dabei ist die Frage

gerichtet, die sie beerben würde. Trotz der scheinbaren Freundlichkeit konnte er aber die Lücke nicht lassen.

Er wendete sich ganz plötzlich an Theodor mit der Frage: „Weißt du, was du erben wirst?“

„Ich will überhaupt nichts erben“, versicherte der junge Etschler. „Ich wäre kreuzunglücklich, wenn mir meine Eltern wegsterben müßten. Wenn ich sie verlieren sollte, ließe ich alle meinen Schwwestern, und wenn sie mal nicht durchkommen könnten, dann teile ich meinen Verdienst mit ihnen.“

„O du Rhinogeros!“ höhnte der junge Schreiber. „Erst willst du den dummen Mädchen dein Erbteil schenken und später willst du ihnen auch noch deine sauer verdienenen Groschen geben! Du bist ja so dumm, daß du dich für Geld schon lassen kannst! Wenn wieder Jahrmart ist, dann vermale die nur an einen Schauludenbesitzer als achttes Weltwunder. Ich wage einen Böhm dran, um dich zu sehen.“

„Das jetzt die Dummheiten“, verwies ihn Theodor sehr ernst. „Es hat alles seine Grenzen.“

Bertold sah ein, daß er seine Spöttereien nicht weiter treiben durfte. Da es ihm nicht gelungen war, seinen Nebenbuhler zu vertreiben, sagte er Frau Birner und ihrer Tochter in aller Eile noch einige Schmeicheleten und entfernte sich dann, nachdem er eine Verbeugung gemacht hatte, deren sich ein Tanzlehrer nicht zu schämen brauchte.

„Jedemal, wenn der Bertold hier ist, gibt es Zank“, sagte Bertold.

Am von dem unerfreulichen Thema abzulenken, fragte Theodor:

„Sag, Bertel, habt Ihr die Birnen von den beiden hohen Bäumen schon abgenommen?“

„Nein, die hängen noch“, gab Bertel zurück. „Die Mittel traun sich nicht mehr auf die hohe Leiter und mir erlaubt sie es nicht, daß ich raufflettere. Die Birnen werden alle runterfallen und sich zerklüften.“

„Admet ich sie nicht abnehmen?“ fragte Theodor vergnügt.

„Ich hab immerfort gedacht, wenn ich nur dazu noch zurecht kommen müßte!“

„Das wäre fein!“ rief Bertel erfreut aus. „Du mußt oben deinen guten Kopf ausziehen, daß er dir nicht kaputt geht. Inseiner Vetter langt mich bis in die Spitze, aber mit dem Köpflöcher reicht du bis oben hin.“

(Fortsetzung folgt.)

## Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

„Das kann schon sein“, gab das junge Mädchen zu. „aber Bertold ist nicht mehr der Alte. Er ist so aufgeblasen, wie ein Frosch und so eingebildet, wie ein Affe, der ein neues, rotes Häutchen gekriegt hat.“

„Das gibt sich aber, Bertel“, behauptete Frau Birner. „Das ist die erste Eipe. Solch junger Mensch ist wie ein Füllen. Er muß sich erst austoben.“

„Sagen Sie, Mutter, weshalb dürfen wir Madel uns nicht austoben?“ fragte die junge Schneiderin.

„Du wärs doch gar!“ entrüstete sich Frau Birner. „Wie kannst du nur so dumm reden? Ein Madel ist doch bis auf die Knochen blamiert, wenn sie was tut, was kein Mensch einem jungen Manne verdenkt. Der Bertold ist jung und kerngesund. Er kriegt mal ein schönes Ged. Wenn deine paar Böhm dazu kommen, könnt Ihr ohne Sorgen leben. Zu der Landarbeit hast du nicht die Knochen. Sei nicht dumm und verherge dein Glück nicht.“

„Der ist aber jetzt schon so groß und täuscht mit mir“, wendete Bertel ein. „Wie sollte es da wohl werden, wenn wir Mann und Frau sind?“

„Das Weiß muß halt immer nachgeben“, sagte Frau Birner. „das ist nu mal so in der Welt.“

Dem Bertold wurde sein unliebenswürdiges Betragen jedoch bald wieder leid. Des Abends stellte er sich unter Bertels Fenster und sang zu den Klängen der Ziehharmonika:

Lieber Schatz, sei wieder gut mit,  
Lieber Schatz, leg ab dein Dorn!  
Immer schmollen, immer großen,  
Für ein Ros' wärs zu viel Dorn!

Frau Birner und ihre Tochter hatten den einschmeichelnden Klängen mit Vergnügen gelauscht.

Der junge Mann kam jetzt ins Haus, klopfte Leise an und fragte leise:

„Darf ich noch einen Augenblick eintreten, Frau Birner?“

„Wittel“ entgegnete Ruise.

Wie stiel war der junge Mann da im Zimmer, und wie nett verstand er zu klauern und zu erzählen!

Als er sich endlich verabschiedet hatte, sagte Ruise sehr befriedigt:





**Amliche Bekanntmachungen.**

Mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung — Beschluß vom 18. 1. 1921 — sind die

**Kur- und Pflegekostenätze**

des städtischen Krankenhauses wie folgt neu festgelegt worden:

<b>I. Klasse</b>	
für Einheimische . . . . .	60 M
„ Auswärtige . . . . .	70 „
<b>II. Klasse</b>	
für Einheimische . . . . .	30 M
„ Auswärtige . . . . .	40 „
<b>III. Klasse</b>	
für einheimische Selbstzahler, Erwachsene . . . . .	15 M
„ „ „ „ Kinder . . . . .	7 „
„ auswärtige Selbstzahler, Erwachsene . . . . .	20 „
„ „ „ „ Kinder . . . . .	14 „
„ Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, usw. usw.	
„ „ „ „ Erwachsene . . . . .	20 „
„ „ „ „ Kinder . . . . .	14 „
für Heilige Krankenkassen, Erwachsene . . . . .	15 „
„ „ „ „ Kinder . . . . .	7 „
„ übrige Heile, Erwachsene . . . . .	15 „
„ „ „ „ Kinder . . . . .	7 „
„ „ „ „ Erwachsene . . . . .	20 „
„ „ „ „ Kinder . . . . .	14 „

Krankenkassen zahlen an Pflege- und sonstigen Kosten dieselben Sätze wie Auswärtige, soweit sie schon Staaten angedeihen, die einer der deutschen überlegene Qualität besitzen, mit einem Zuschlag von 200 o/o.

Im übrigen bleiben die Bedingungen, wie sie in unserer Bekanntmachung vom 29. 5. 1920 angegeben sind, in Kraft.

Die neuen Kur- und Pflegekostenätze kommen für neu aufzunehmende Kranke vom Tage nach dem Erkranken dieser Bekanntmachung ab, für die bereits im Krankenhaus befindlichen 14 Tage später in Anwendung.

Danzig, den 20. Januar 1921. (3466)  
Der Magistrat.

Überdies wird die Marke 3 der Brennstoffkarte N, W und U und die Marke 6 der Brennstoffkarte D zur Belieferung mit Kohlen bzw. einer gleichen Menge Briketts, soweit es die Verhältnisse der Händler ermöglichen, aufgegeben.

Danzig, den 24. Januar 1921. (3467)  
Senats- und Brennstoffamt  
für die Freie Stadt Danzig.

**Billige**

**Gummischuhe**



**Große Posten**

soeben eingetroffen

Für Herren . 69<sup>50</sup>

Für Damen . 49<sup>50</sup>

Für Damen . 69<sup>50</sup>  
mit Laeder . . .

Für Kinder . 31<sup>50</sup>  
39.50.

Beachten Sie unsere Schaufenster.

**Leiser**

Langgasse 73.

**Stadtheater Danzig.**

Direktion: Rudolf Schayer.  
Dienstag, den 25. Januar 1921, abends 7 Uhr  
Dauerkarten D 1.

**Die Strohvitwe**

Operette in 3 Akten von August Reibardt.  
Musik von Leo Blech. Spielleitung: Erich Sternsd.  
Musikalische Leitung: Erich Waller. Inspektion:  
Emil Werner.  
Ende 9<sup>15</sup> Uhr.

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. Zum ersten Male. Dies trae. Trauung in 6 Bildern von Anton Wildgans.

Donnerstag, abends 6<sup>15</sup> Uhr. Dauerkarten A 2. Carmen.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Don Juan.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. Dies trae.

Sonntag, nachm. 3 Uhr. Kleine Preise. Prinz Etzinger und Prinzessin Honigbl.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Die Matten.

**Neues Operetten-Theater**

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.  
Besitzer u. Direktor Paul Ransmann.  
Königl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Heute Dienstag, den 25. Januar

Anfang 7 Uhr Anfang

**Die geliebte Frau**

Operette in 3 Akten.  
Musik von Leo Fall.

Morgen Mittwoch, den 26. Januar  
Zum 1. Male.

**3 Zwillinge**

Schwank in 3 Akten v. Tom Impokoven  
und Karl Mathorn.

Vorverkauf: Sa. u. So. v. 10—11 Uhr  
im Deuma-Haus Langgasse 69/70 statt.  
Sonntags 9—10 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:  
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:  
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

**Arbeiter-Bildungs-Ausschuß**

**Vortragsabende**

(Sonnabende) Beginn 29. Januar.

1. Dr. Kammer: Berichtswesen in der Freien Stadt Danzig  
am 29. Januar. — Februar Karte 2. M  
Aula der Mittelschule, Kohl-Gringasse 111
2. Dr. Zent: Annäherung der Volkswirtschaft,  
am 19. 26. Februar, 5. 12. 16 (Mittwoch)  
und 19. März. Karten 3. M
3. Dr. Jung: Literarische Vorträge: Heinrich Heine — Georg Büchner  
am Freitag den 1. und Freitag den 6. April.  
Anfang 7<sup>15</sup> Uhr abends

Die Karten zu den Vorträgen sind zu haben in der Verkaufsstelle der Volkswirtschaft, Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32, in der Zigarettenhändler-Gottke Nachb., Lange Brücke 18, im Parterre, 4. Danzig 7 II und bei den Vertrauensleuten. (3468)

**Nervenschwäche**

Dr. Richard K. Ch., Danzig, Post- u. Telegraf. 1748

Soeben erschienen

ist der

**Vorwärts-Almanach**

1921

Preis 4 Mark.

Buchhandlung Volkswacht,

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Stiefelschmiede,**

welche auch gute Stämme sind, für dauernde Beschäftigung gesucht.

Danziger Werft.

**Schützenhaus**

Philharmonische Gesellschaft.

Sonabend, den 29. Januar, pünktlich 7 Uhr

**IV. Symphonie-Konzert**

Dirigent: Henry Prins.

Solist: Prof. Adolf Busch (Violine).

Eintrittskarten: bei John & Koppel 17 u. Adres-Bureau  
Die für den 4. Januar gelieferten Karten haben Gültigkeit.

**Gedania-Theater**  
Schlüsselamm 53/55.

Ab heute! Nur 3 Tage!

Der reichhaltige Spielplan!

**Die Katastrophe des Pazifik**

Kriminaldrama in 4 Akten.

Sehr spannend! Sensationell!

**Die Nacht der Entscheidung**

Kriminaldrama in 5 Akten

mit Erich Kaiser-Tilg.

**Dicke Milch und Liebe**

Lustspiel in 2 Akten. (3463)

**Passage-Theater.**

Nur bis Donnerstag!

Der neue große Spielplan!

**Die Nacht und der Leichnam**

Eine schaurige Kriminalgeschichte  
in 6 großen Akten.

Hauptrollen: Ria Jende, Max Pallenberg  
und (3464)

**Maskiert!**

Detektiv-Drama in 4 Akten  
Aufregend und spannend!

Ab Freitag:

**Mädchen aus der Ackerstraße.**

II. Teil.

Täglich 7 Uhr.

**SCALA**

Vr. Sporthalle Große Allee

THEATER

Das große Varieté-Programm!

**Alberti's**

**Löwen-Gruppe**

und das neue

**Pracht-Programm**

Vorverkauf: Deuma-Haus

**Nachtfalter**

Künstlerspiele u.

Palais de danse

**Scala-Café**

Täglich 4 Uhr

Konzert (3464)

**Rat und Auskunft**

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen

und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends

Die Frauenkommission der S. P. D.

4. Danzig 7 II, Zimmer 4.

**Der Atheist**

von Ernst Ewert

Preis 2,50 Mark

zu haben in der

**Buchhandlung Volkswacht,**

Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

**Volkswacht**

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche

Lebensversicherungsgesellschaft

Kein Polkenverfall.

— Sterbekasse. —

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder

Auskunft in den Büros der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Mollendamm 35.

(3465)

**Wer bar Geld braucht**

wende sich an Rud. Liedtke.

Danzig, Paradiesgasse 8-9.

(2663)

**Kompl. Eseluhwerk**

u. gut erh. Sattelrad

steht z. Verkauf Witzauer

Weg 52. Laden. (4)

**Stubenhund**

zu verkaufen (4)

Langfuhr, Opitzstraße 17pt.

**Junge**

zum Schalen holen, kann

sich melden. Dahlmann,

Langfuhr, Hauptstr. 56.

(3462)



**Tiefschwarz**

werden selbst ältere Stiefel

durch tägliche Pflege mit

Erdal — Stiefel sind leuer,

deshalb

spare durch

**Erdal**